P R O T O K O L L

der 13. Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 11. Mai 2017 um 20.00 Uhr im Sitzungszimmer des Gemeindehauses in Maurach

Anwesend:	BM Josef Hausberger BM-StellV Josef Rieser Andrea Kohler-Widauer Martin Obholzer Johannes Entner Ersm. Bernhard Albrecht Heinrich Moser Andreas Heidegger	Katrín Rieser Gottfried Prantl Martina Entner Anton Kandler Paul Astl Ersm. Martin Rinner Maria-Luise Gerstenbauer
-----------	--	--

Entschuldigt: alle nichtanwesenden GR-Mitglieder

- TAGESORDNUNG:
1. Verordnung zur Einführung der Straßennamen in Pertisau
 2. Einrichtung einer zusätzlichen Kinderbetreuungseinrichtung in Maurach
 3. Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Gst 276/171
 4. Erlassung eines Bebauungsplanes für das Gst 276/171
 5. Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Gst 675/5
 6. Abschluss eines Dienstbarkeitsvertrages mit Herrn Ulrich Goess-Enzenberg
 7. Verzicht auf Dienstbarkeiten betr. Teilfläche des Gst 268/60
 8. Ansuchen um Übernahme von Teilflächen der Gst 326/25, 326/26, 326/27 und 326/28 ins öffentliche Gut
 9. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Bürgermeister Josef Hausberger begrüßt den anwesenden Gemeinderat sowie 4 Zuhörer und eröffnet nach Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit die öffentliche Sitzung um 20.00 Uhr:

Der Bürgermeister berichtet über die Erledigungen der TO-Punkte der vorangegangenen GR-Sitzung.

1. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 08.09.2016 die Einführung von Straßennamen für den Ortsteil Pertisau beschlossen. Die Namensbezeichnungen sind in Hinblick auf die Siedlungsstruktur und die Größe

des Gemeindegebietes zur besseren Orientierung und zum leichteren Auffinden von Gebäuden erforderlich. Die Straßennamen wurden in mehreren Ausschusssitzungen unter Einbindung der Bevölkerung festgelegt und werden diese dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgeschlagen. Der Obmann des Ausschusses, Herr Bernhard Albrecht, erläutert dem Gemeinderat alle Straßenzüge in Pertisau mit den jeweiligen neuen Straßennamen. Gemäß § 1 Abs. 1 des Gesetzes vom 20.11.1991 über die Bezeichnung von Verkehrsflächen und die Nummerierung von Gebäuden, LGBl. Nr. 4/1992, idF LGBl. Nr. 130/2013, sollen die jeweiligen Verkehrsflächen in Pertisau mittels vorliegender Verordnung mit den im Katasterplan der Gemeinde Eben am Achensee vom 05.05.2017 dargestellten Straßennamen bezeichnet werden.

Die erforderliche Umnummerierung der Gebäude hat der zuständige Ausschuss bereits erarbeitet. Die Hausnummernschilder sollen so wie im Ortsteil Maurach einheitlich in rechteckiger Form (l = 22 cm x h = 16 cm), in der Farbe weiß mit einem blauen Farbstreifen im unteren Bereich (Streifen ist 4 cm breit), in dem in weißer Schrift der Straßename steht, und schwarzen Nummern (in der Mitte mit ca. 7 cm hohen Ziffern) gestaltet werden. Im oberen Bereich wird das Gemeindewappen und die Aufschrift „Gemeinde Eben am Achensee“ dargestellt, wobei mit Erlaubnis des TVB das Wort „Achensee“ mit dem Logo des TVB gedruckt wird.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die vorliegende Verordnung zur Bezeichnung der Verkehrsflächen in Pertisau zu genehmigen und dass die Hausnummernschilder, wie beschrieben, gestaltet und hergestellt werden.

2. Der Bürgermeister berichtet über die geplante Einrichtung einer weiteren Kinderbetreuungsgruppe im Erdgeschoß des Gemeindehauses in Maurach. Der vorliegende Planentwurf wurde den Gemeinderäten übermittelt. Gemäß konkreter Kostenaufgliederung des Herrn Architekten würde die Baumaßnahme Ausgaben in der Höhe von ca. netto 220.000,- zusätzlich der Honorarkosten mit sich bringen. Mit diesen hohen Kosten war nicht zu rechnen und ist nur ein Betrag von € 75.000,- für diesen Zweck budgetiert. Für den Bürgermeister wäre der ev. Zubau bei der bestehenden Kindergruppe im Obergeschoß des Gemeindezentrums eine mögliche und ev. preisgünstigere Variante. Dies sehen auch mehrere Gemeinderäte so und ist man sich einig, dass seitens des Architekten rasch die Machbarkeit und die Kosten dieser Variante geprüft bzw. erhoben werden sollen.
3. Herr Arno Ebner und Frau Andrea Ebner regten eine Widmungsergänzung im Bereich des 276/171, KG Eben, an. Dieses Grundstück soll mit einer Wohnanlage bebaut werden. Da eine Teilfläche des GSt 276/171 im Ausmaß von ca. 41 m² als Freiland gewidmet und somit die Herstellung der einheitlichen Bauplatzwidmung erforderlich ist, wurde der örtliche Raumplaner zur

raumordnungsfachlichen Prüfung seitens der Gemeinde beauftragt. Die Schaffung von Wohnraum liegt im Interesse der örtlichen Raumordnung und entspricht daher den Zielvorgaben. Diese steht daher, so wie die Herstellung der einheitlichen Bauplatzwidmung, auch im öffentlichen Interesse, wohingegen keine erkennbar nachteiligen Auswirkungen für die Nachbarn zu erwarten sind. Auf Basis der vorliegenden Geodaten soll eine kleine Teilfläche des Gst 276/38 im Ausmaß von insgesamt 2 m² von Wohngebiet in Freiland rückgewidmet werden.

Seitens des örtlichen Raumplaners wird die Umwidmung der gegenständlichen Teilfläche des Gst 276/171 von derzeit Freiland in Wohngebiet gemäß § 38 Abs. 1 TROG 2016 und die erwähnte Rückwidmung in Freiland gemäß § 41 TROG 2016 vorgeschlagen. Die als Wohngebiet zu widmende Teilfläche liegt gemäß den Festlegungen des Gefahrenzonenplanes in der gelben Wildbachzone. Diesbezüglich wurde seitens der WLV der Widmung zugestimmt, wenn dieser Bereich von jeglicher Bebauung frei gehalten wird. Um dies abzusichern, wird ein Bebauungsplan mit Festlegung einer absoluten Baugrenzlinie erlassen. Seitens des naturkundefachlichen Sachverständigen liegt eine grundsätzlich positive Stellungnahme vor.

Die Erschließung mit Einrichtungen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung ist mit geringem Aufwand herzustellen. Die verkehrsmäßige Erschließung ist über die Gemeindestraße sichergestellt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Entwurf über die Änderungen des Flächenwidmungsplanes im Bereich von Teilflächen der Gst 276/38 und 276/171, beide KG Eben, lt. planlicher Darstellung des Herrn Dipl. Ing. Andreas Falch samt ortsplanerische Stellungnahme zur allgemeinen Einsicht im Gemeindeamt Eben am Achensee während vier Wochen aufzulegen.

Der Gemeinderat beschließt zugleich einstimmig, die gegenständliche Teilfläche des Gst 276/171 im Ausmaß von ca. 41 m² von derzeit Freiland in Wohngebiet gemäß § 38 Abs. 1 TROG 2016 umzuwidmen und die Teilfläche des Gst 276/38 im Ausmaß von ca. 2 m² von Wohngebiet in Freiland gemäß § 41 TROG 2016 rückzuwidmen.

4. Da die Unterlagen noch nicht vorliegen, wird dieser Punkt abgesetzt.

5. Frau Silvia Holzer hat im Jahr 2015 gemäß Grundlage des Teilungsplanes der Geo-Gem ZT OG, GZ 11834/14, eine Teilfläche des Gst 675/3 im Ausmaß von 187 m² von der Agrargemeinschaft Pertisauer Heimweide käuflich erworben und wurde diese Teilfläche bereits grundbücherlich dem Gst 675/5 zugeschrieben.

Zur Wiederherstellung der einheitlichen Bauplatzwidmung soll nun diese Teilfläche von derzeit Freiland in gemischtes Wohngebiet umgewidmet werden.

Frau Holzer plant keine Erweiterung des baulichen Bestandes auf Gst 675/5, sondern dient diese Teilfläche der Erweiterung der Gartenanlage bzw. Schaffung einer größeren Liegefläche für die Gäste.

Die Zurverfügungstellung einer erweiterten Gartenanlage für die Gäste der Pension „Bergheim“ und die Herstellung der einheitlichen Bauplatzwidmung liegen im Interesse der örtlichen Raumordnung und entsprechen daher den Zielvorgaben. Für den Gemeinderat ist die Steigerung der Qualität des touristischen Angebotes mit der damit einhergehenden Absicherung der Beherbergungsbetriebe sehr wichtig. Die Gartenerweiterung und die einheitliche Bauplatzwidmung stehen daher im öffentlichen Interesse, wohingegen keine erkennbar nachteiligen Auswirkungen zu erwarten sind.

Die als gemischtes Wohngebiet zu widmende Teilfläche liegt gemäß den Festlegungen des Gefahrenzonenplanes in der gelben Wildbachzone. Gemäß der Stellungnahme der WLV vom 01.02.2017, GZ 3131/0067-2017, ist die gegenständliche Umwidmung aus deren fachlicher Sicht vertretbar.

Die Erschließung mit Einrichtungen zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung ist gegeben. Die verkehrsmäßige Erschließung ist über die Gemeindestraße sichergestellt.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich der Teilfläche des Gst 675/5, KG Eben, lt. planlicher Darstellung der Gemeinde Eben am Achensee samt Erläuterungsbericht zur allgemeinen Einsicht im Gemeindeamt Eben am Achensee während vier Wochen aufzulegen.

Der Gemeinderat beschließt zugleich einstimmig, die gegenständliche Teilfläche des Gst 675/5 im Ausmaß von 187 m² von derzeit Freiland in Wohngebiet gemäß § 38 Abs. 2 TROG 2016 umzuwidmen.

6. Der Bürgermeister berichtet, dass die Rofan-Seilbahn AG die Errichtung eines Sommerspielplatzes im Bereich der Bergstation beabsichtigt. Die Gemeinde Eben soll diesbezüglich mit dem Grundeigentümer, Herrn Graf Ulrich Goess Enzenberg, den seitens der Rofan-Seilbahn AG vorgelegten Dienstbarkeitsvertrag abschließen. Gemäß diesem Vertrag würde auch das Recht der Anlegung eines Übungsgeländes für Schianfänger samt technischer Beschneidung dieses Bereiches eingeräumt. Weiters wäre auch die Errichtung eines Gebäudes mit WC-Anlage, Lager und Schischulbüro bzw. Aufenthaltsraum sowie die Vornahme der erforderlichen Geländekorrekturen möglich.

Der Bürgermeister berichtet über die Gespräche mit dem Grundeigentümer und den Vertretern der Rofan-Seilbahn AG und dass zwischen diesen keine

Einigung über das jährliche Entgelt zu Stande kam. Es werden seitens mehrerer Gemeinderäte die Interessen an diesen Anlagen auch für Heimische und Gäste betont und schon allein die Errichtung eines WCs als unbedingt erforderlich angesehen. Diese Interessen überwiegen den geäußerten Vorbehalten betreffend die Vorgehensweise der Rofan-Seilbahn AG.

Der Bürgermeister stellt klar, dass die Gemeinde keinesfalls die im Vertrag angeführten Anlagen errichten und betreiben wird, sondern die diesbezüglichen Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag der Rofan-Seilbahn AG bzw. dem Schischulbetreiber übertragen werden. Dazu benötigt es weitere Verträge mit diesen dritten Personen und wird darin sichergestellt, dass die Gemeinde keine Errichtungs-, Betriebs- und Erhaltungskosten sowie keine Haftung betr. diese Anlagen übernimmt. Als Gegenleistung für die Rechtseinräumung soll der Grundeigentümer jährlich € 3000,- erhalten. Dieser Betrag soll laufend zu gleichen Teilen von der Rofan-Seilbahn AG, vom TVB Ortsausschuss Maurach und der Gemeinde Eben aufgebracht werden.

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig den Abschluss des vorliegenden Dienstbarkeitsvertrages mit Herrn Ulrich Goess Enzenberg, unter der Bedingung, dass alle Rechte und Pflichten dieses Vertrages, mit Ausnahme der Verpflichtung der Zahlung des jährlichen anteiligen Entgeltes, folglich an dritte Personen übertragen werden.

7. Herr Karl Landauer hat, vertreten durch Frau Dr. Paula Stecher, um Zustimmung zur Herstellung der Lastenfreiheit einer Teilfläche des Gst 268/60, KG Eben, im Ausmaß von 72 m² ersucht.

Diese Teilfläche ist u.a. mit der Dienstbarkeit der Heimweide sowie des Viehtriebes und der Dienstbarkeit, a) für öffentliche Gemeindezwecke Baumaterial, mit Ausnahme von Holz, gegen Schadloshaltung der jeweiligen Waldbesitzer gem. Abs. 5 lit. C Eigentumsanerkennungs- und abtretungsurkunde 1915-11-12, zu gewinnen, b) Wege anzulegen oder wiederherzustellen, c) fließendes Wasser zur dauernden Benützung abzuleiten und durchzuführen, d) Telegrafien und Telefonleitungen zu errichten und zu erhalten und e) bei Bauten den nötigen Grund in Anspruch zu nehmen, jeweils für die Gemeindefraktion Eben belastet.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, betreffend der erwähnten Teilfläche auf die vorangeführten Rechte zu verzichten und erteilt die Einwilligung zur Einverleibung der Löschung dieser Dienstbarkeiten. Die Bezahlung der Ablöse in der Höhe von € 1,00 pro m² (GRB vom 12.07.2012), sohin gesamt € 72,- wurde zugesichert und entstehen der Gemeinde keine Kosten betr. die Durchführung dieser Löschung.

8. Die Eigentümer der Gst 326/25 (David, Felix und Florian Plattner), 326/26 (Manfred Harb), 326/27 (Markus Harb) und 326/28 (Wohnbau Unterland GmbH) haben bereits mit Schreiben vom 04.05.2015 um Übernahme des über diese Grundstücke verlaufenden Servitutweges ins öffentliche Gut ersucht. Der Gemeinderat war sich in der Sitzung vom 13.08.2015 einig, dass vor einer endgültigen Entscheidung zuerst die geplante bauliche Anlage auf Gst 326/28 fertig gestellt sein soll, um insb. die konkrete Zufahrts- und Schneeablagesituation in natura beurteilen zu können.

Nun wurde per Mail vom 10.04.2017 seitens der Hausverwaltung der Wohnanlage auf Gst 326/28 ersucht, dem vorliegenden Antrag vom 04.05.2015 stattzugeben und somit den Servitutweg ins öffentliche Gut zu übernehmen.

Dem Gemeinderat liegen die Ansuchen samt dem Lageplan mit den darin dargestellten Flächen zum Umkehren und für die Schneeablagerung vor. Es gibt mehrere Wortmeldungen, wonach die beantragte Übernahme kritisch zu beurteilen ist, da es einige ähnliche Fälle von privaten Hauszufahrten in der Gemeinde gibt, die dann auch übernommen werden müssten.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Antrag auf Übernahme des Servitutweges abzulehnen.

9. Der Gemeinderat beschließt einstimmig, nachfolgende Verhandlungsgegenstände auf die heutige Tagesordnung zu setzen:
- a) Ansuchen der Fam. Engensteiner/Fimml um Erwerb einer Teilfläche des Gst 1271/1 (öffentliches Gut)
 - b) Kauf eines neuen Bauhoffahrzeuges

- a) Der Bürgermeister berichtet, dass die Familie Engensteiner/Fimml gern eine Teilfläche des öffentlichen Gutes Gst 1271/1 erwerben möchte. Die neue Grundgrenze soll, wie im angehängten Lageplan als blaue Linie dargestellt, verlaufen. Der Bauausschuss hat die Angelegenheit beraten und auch vor Ort die Gegebenheiten besichtigt. Die Gemeindestraße ist im dortigen Bereich ca. 9 m breit und würde bei Verkauf der ca. 50 m² großen Teilfläche um max. 1 m schmaler.

Der Gemeinderat genehmigt einstimmig, den Verkauf der gegenständlichen Teilfläche des Gst 1271/1 zum Preis von € 72,- pro m². Der Gemeinde dürfen dabei keine Kosten entstehen.

- b) Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die Gemeinde für den alten Nissan Pick up, Erstzulassung Dezember 2004, auf Grund des schlechten Zustandes keine Begutachtungsplakette bekommt. Gemäß dem vorliegenden Angebot des Autohauses Wörndle würde ein neuer VW Pritschenwagen LR TDI 4 Motion

brutto 36.400,- kosten. Der Bauhofleiter erklärt die Vorteile dieses Fahrzeuges und seiner im Angebot beschriebenen Ausstattung.

Der Gemeinderat ist einstimmig mit der Bestellung dieses Fahrzeuges einverstanden, wobei noch ein Leasingangebot eingeholt und im nächsten Gemeinderat über Kauf oder Leasing entschieden wird.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass Herr Mag. Andreas Brix derzeit schon stundenweise für das Atoll Achensee arbeitet und ab 01.06.2017 als alleiniger neuer Geschäftsführer der Freizeitzentrum Achensee GmbH tätig wird und dies so ins Firmenbuch eintragen wird. Herr Mag. Brix wird eine Geschäftsordnung erstellen, in der die Zuständigkeiten und ev. Beschränkungen im Innenverhältnis näher geregelt werden sollen. Der Bürgermeister spricht sich für die Einrichtung eines „Beirates“ mit 7 Mitgliedern aus, in dem Vertreter des TVB Achensee und der Gemeinde Eben und ev. Personen mit spezifischen Kenntnissen entsendet werden. Dies wird vom Gemeinderat einhellig befürwortet. Für die Gemeinde sollen der Bürgermeister und der Bürgermeister-Stellvertreter und für den TVB der Obmann, der Obmann-Stellvertreter und der Geschäftsführer namhaft gemacht werden. Der Bürgermeister bittet die Gemeinderäte um Vorschläge bis zur nächsten GR-Sitzung, wie die übrigen 2 Stellen im Beirat besetzt werden sollen.

Der Bürgermeister berichtet über die laufenden Projekte.

Ende der Sitzung: 21.30 Uhr